

Wald-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Wald-Zeitung“ erscheint an jedem Dinstag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Post beträgt 1,60 Reichsmark, durch Postgebühren ab 1,40 Reichsmark, durch die Post 2,10 Reichsmark u. 40 Pfennige Zustellgebühr. Inhalt der Anzeigen: 1. bis 10. Spaltenbreite 10 Zeilen, 11. bis 15. Spaltenbreite 12 Zeilen, 16. bis 20. Spaltenbreite 14 Zeilen, 21. bis 25. Spaltenbreite 16 Zeilen, 26. bis 30. Spaltenbreite 18 Zeilen, 31. bis 35. Spaltenbreite 20 Zeilen, 36. bis 40. Spaltenbreite 22 Zeilen, 41. bis 45. Spaltenbreite 24 Zeilen, 46. bis 50. Spaltenbreite 26 Zeilen, 51. bis 55. Spaltenbreite 28 Zeilen, 56. bis 60. Spaltenbreite 30 Zeilen. Die Anzeigen werden nach Rollen-Zeilen berechnet; die Zeile 0,25 Reichsmark.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.
Die neue Streifenliste der gewissamen Ödigung gutzutreiben. Streifenlisten laufen aus dem ganzen Reich ein. In der Berliner Gewerkschaftsliste steht, wie die Moskauer „Pravda“ schon am 25. meldete, seit Anfang August Herr Pader. Die zahllosen Betriebsräte Berlins beschließen über den Kopf der Gewerkschaften hinweg den allgemeinen Generalstreik für den 15. September vorzubereiten in enger Verbindung an den bestehenden Gliederstreik in der Reichs.

Entgegen den Behauptungen der Reichsregierung zum Preisabhaben in Berlin die Preise am Freitag ihre Steigerung fortgesetzt. In Charlottenburg und dem Berliner Westen wurden am Donnerstag bereits nur sehr geringe Mengen von Waren ausgegeben. — Die Produktionskosten sind an dieser Generalisierung der Volkserzeugung gewiß nicht schuld, sondern eher die Leute, die mit den Berliner Demonstrationen in der Hand gegen die Reichsregierung getreten und ihren Preisabwärtigungen einen kläglichen Widerstand entgegenbrachten. Das Wort die Rechte Marke, hat es in der Hand, ob es Dr. Kautler oder die spötelnden Reichstreiber führen will.

In der Zeit vom 1. bis 15. August ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Reichsrentenliste von 187 000 auf 208 000, d. h. um rund 5 1/2 Prozent, gestiegen.

Das Gesamtergebnis der Reichsammesse ist, wie wir zuverlässig erfahren: 482 Freigelegte, darunter 310 Kommunisten. — Und da redet die Linke von Klassenjustiz der Lutherregierung!

Nach Abschluß der wichtigsten Regierungsbearbeitung hat die neue Danziger Unterregierung, die sich aus Zentrum, Deutschliberalen und Sozialdemokraten zusammensetzt, mit 65 gegen 66 Stimmen ein Vertrauensvotum erhalten. Gegen das Vertrauen stimmten die Deutschnationalen und die Deutschsozialen.

Bezirke der Österreichischen Volksgewerkschaft und der großen deutschen Volksgewerkschaft am 28. August in Berlin zusammen, um zur Frage der Werbung für den Jahreskongress der Deutschösterreichischen und Deutschliberalen Stellung zu nehmen. Es wurde beschlossen, Anfang Oktober d. J. große öffentliche Kundgebungen des Volks und Telegraphenpersonals in Wien und Berlin zu veranstalten.

Der frühere konservative dänische Minister Njgaard kündigte in einer Rede vor den Toren des deutsch geliebten Hensburg an, daß in Kürze im deutschen Grenzgebiet eine große dänische Kräftebewegung beginnen werde. — Da die Dänen ganz im Widerspruch der französischen Politik getreten sind, kann man auch daraus wieder die wirklichen Absichten Frankreichs gegenüber Deutschland erkennen: uns zu schwächen, wo und wie es nur geht.

Das französische Militärpolizeigericht in Vandœuvre verurteilt gegen einen Hans Zimmert ein Verbrechen wegen Verfassungsverstoß und ungebührlicher Haltung gegenüber einer französischen Kriminalbeamten zu vier Monaten Gefängnis. Zwei junge Leute, Herbert Smith und Hans Müller, beide ohne festen Wohnort, waren am 5. August in der Nähe von Frankfurt ohne Ausweispapiere und im Besitz eines Dolches angetroffen worden. Beide wurden wegen Raubvergehens und Waffenbesitzes je 25 Tagen Gefängnis verurteilt.

Wie das Pariser „Echo“ meldet, ist der Protest der Reichsregierung nach Freisetz der Beurteilten und Untersuchungsangelegenheiten des gedemütigten Aufgabebereiches durch die Befehlsgewalt gesteuert worden. — „Berühmungs-wille“ Frankreich!

Der französische General Gouraud ist von einer Besichtigung der polnischen und der tschechoslowakischen Armee nach Paris zurückgekehrt und hat Pressevertretern erklärt, es sei wahrheitsgemäß, daß die französische Militärmacht in diesen beiden Ländern angesichts der Fortschritte des polnischen und des tschechoslowakischen Generalstabes demnach die beiden Länder verlassen würde.

Bei einer großen kommunikativen Kundgebung in Paris kam es gestern zu schweren Zusammenstößen, besonders vor dem Opernhaus. 140 Personen wurden verletzt.

Der König und die Königin der Belgier haben gestern infanterie Paris passiert. Von Marzelle aus treten sie eine Indienfahrt an.

Aus Wien ist in Paris die Nachricht eingetroffen, daß Damagosa vollständig in den Händen der Deutschen ist. Die französischen Truppen hätten unter schweren Verlusten weiter zurückweichen müssen.

Die Pariser Regierung behauptet, daß Damagosa nie abzugeben angestrichen ist.

Wortlaut der deutschen Antwortnote.

Höflich, kurz und vorsichtig.

Die der französischen Regierung am 27. August überreichte Antwort der deutschen Regierung hat folgenden Wortlaut:

Die deutsche Regierung beehrt sich, den Empfang der französischen Note vom 24. August zu bestätigen.

Die am Schluß der französischen Note ausgesprochene Ansicht, daß eine Fortsetzung des Notenwechsels kaum geeignet wäre, zu einer weiteren Klärung der mit dem Abschluß eines Sicherheitspaktes zusammenhängenden Fragen zu führen, wird von der deutschen Regierung, die dem Wunsch nach möglicher Beseitigung der Erörterungen in der Note vom 20. Juli auch ihrerseits Ausdruck gegeben hatte, durchaus geteilt. Die deutsche Regierung begrüßt deshalb die von Seiner Exzellenz dem französischen Herrn Vostschter mündlich mitgeteilte Anregung, daß die juristischen Sachverständigen Deutschlands, Belgiens, Frankreichs und Großbritanniens möglichst bald zusammenzutreffen, um dem deutschen Sachverständigen Gelegenheit zu geben, sich von den Ansichten der alliierten Regierungen über die juristische und technische Seite der zur Erörterung stehenden Probleme zu unterrichten.

Unter diesen Umständen glaubt die deutsche Regierung, nachdem sie ihren Standpunkt zu einer Reihe der wichtigsten Fragen in der Note vom 20. Juli dargelegt hat, von einer weiteren schriftlichen Erläuterung dieses Standpunktes und von einer Stellungnahme zu den Ausführungen der französischen Note jetzt absehen zu sollen.

Auch in London und Brüssel ist die deutsche Antwort am Donnerstag übergeben worden, während sie in Rom und Neapel in den nächsten Tagen mitgeteilt werden soll. Der englische Botschafter hat am Donnerstag noch einmal festgestellt, daß die Diktandfrage nicht in die Verhandlungen hineingezogen werden darf.

Juristenkonferenz.

Der amtliche britische Botschafter meldet: Die Verhandlungen zwischen den Rechtsfachverständigen der deutschen, belgischen, französischen und britischen Außenministerien beginnen am Montag in London. Die Länder werden wie folgt vertreten sein: Gaus (Deutschland), Platt (Belgien), Fremont (Frankreich) und Cecil Hurst (Großbritannien). Der Zweck der Zusammenkunft ist, die deutsche Regierung durch ihren Sachverständigen von den Ansichten der Alliierten über die rechtliche und technische Seite der Probleme in Kenntnis zu setzen, die in dem vorgeschlagenen Sicherheitspakt vorhanden sind.

Hier herfür allgemeine Befriedigung, daß namentlich die Verhandlungen durch den Notenwechsel zwischen den in Frage kommenden Regierungen über einen Zeitabschnitt über den Eintritt Deutschlands in den Vertrag zum 1. September eine baldige Konferenz der Außenminister am runden Tisch zur Folge haben wird.

Außenministerkonferenz im September.

Der Pariser „Temps“ schreibt: Nach Beendigung der juristischen Sachverständigenarbeiten werden sich die Außenminister der vier direkt beteiligten Mächte voraussichtlich in der zweiten Septemberhälfte in der Schweiz wahrscheinlich in Lausanne treffen. Sollten sich die vier Außenminister grundsätzlich einig werden, so könnte dann im Verlaufe des Oktobers eine richtige Konferenz.

einberufen werden, deren Gegenstand der Abschluß des Sicherheitspaktes wäre. Dem bleibt noch übrig, einen Zeitabschnitt über den Eintritt Deutschlands in den Vertrag zu fassen und man könne deshalb eine Sonderabstimmung des Völkerbundes für Ende des Jahres voraussehen.

Der „Temps“ scheint es sehr eilig zu haben und recht zuversichtlich zu sein, daß Deutschland wieder einmal zu allem Ja und Amen sagt. Über die Zeiten der Diktate und Ultimatus hat vorüber, also etwas Geduld, ihr Herren Franzosen!

Amerika unzufrieden mit Frankreich.

Ueber London wird gemeldet: Das Interesse der gesamten amerikanischen Presse ist weiterhin in der Hauptsache durch die juristischen Churchill und Caillaux in Aussicht genommene Regelung der französischen Schulden an Großbritannien in Anspruch genommen.

Meldungen über den unangünstigen Einbruch

der geplanten Regelung in den Vereinigten Staaten nehmen in den Wäldern großen Raum ein, desgleichen die dagegen gerichtete Kritik von Männern wie Lord Brabourne und Lloyd George. „Daily Mail“ berichtet aus New York, daß ein Gefühl großen Entsetzens, gemischt mit einer gewissen Erregung, über die englisch-französischen Schuldverhandlungen in amerikanischen Washingtoner Kreisen in Washington herrscht. Die Kritik richtet sich gegen die mehr politische als finanzielle Vereinbarung zwischen Churchill und Caillaux. Senator Borah habe wiederholt erklärt, daß, solange Frankreich in der Lage sei, ein solch riesiges Heer aufrechtzuerhalten, es nicht erwarten dürfe, daß die Vereinigten Staaten auf ihre gerechtfertigten Ansprüche verzichten, da dies die Amerikaner in eine Lage versetzen würde, in der sie das französische Heer unterstützen. Was der Mann auf der Straße an der englisch-französischen Regelung aussagen habe, sei, daß er sie für einen Versuch des Churchill ansehe, Amerika ins Politische gegen Frankreich zu diffundieren.

„Washington Gazette“ meldet aus New York: In Finanzkreisen ist man der Ansicht, daß Churchills Angebot an Caillaux bereits zweifelhaft ist, wenn es davon abhängt, daß Amerika ebenso großzügig ist. Außerdem wird jetzt der Kongress noch nachdrücklich auf einen 3-prozentigen Zinsfuß für die französischen Schulden bestehen. Nach Ansicht gutunterrichteter Amerikaner sprechen zwei Dinge gegen Frankreich: 1. die großen militärischen Ausgaben seit dem Kriege und 2. die Überzeugung, daß Frankreich finanziell besser dastünde als England.

Es bestände keine Aussicht, daß Caillaux einen zweiten Churchill in Washington antreffen werde. „New York World“ schreibt: Wenn Churchill und Churchill sich über die Schuldverhandlungen durch diplomatische Gewandtheit gelockert haben, ist es in sich selbst ein Widerspruch.

kommenen Freiwilligkeit und Eindeutigkeit werden bei den bevorstehenden Verhandlungen zwischen England und Frankreich nicht beibehalten werden. Die britischen Vorkämpfer liegen auf die Streichung eines Teiles der französischen Schulden hinaus, aber die amerikanische Regierung habe mehr als einmal feierlich erklärt, daß sie einer Streichung oder irgendeiner Maßnahme, die die Annullierbarkeit der internationalen Schulden betriebe, nicht zustimmen könne.

Wie verlautet, wird eine französische Kommission mit Caillaux an der Spitze Mitte September zur Verhandlung über die französischen Schulden nach Amerika gehen. — Die belgische Schuldkommission ist gestern aus Amerika zurückgekehrt. Sie verweigert jede Auskunft mit der Begründung, die amerikanische Regierung habe den Wunsch ausgesprochen, daß die Verhandlungen, die zwischen Belgien und Amerika hängend haben, geheim bleiben sollen. Der Führer der Kommission, Theunis, hat es als unrichtig erklärt, daß es eine Unterredung mit Caillaux geben werde.

Amerika stützt die polnische Währung.

10 Millionen Dollar.

Zu den im Ausland verbreiteten Gerüchten über die Gewährung einer Sofortschuldung durch die amerikanische Federal Reserve Bank (Bankenbau) an die Bank von Polen erzählt die Polnische Telegraphen-Agentur, daß tatsächlich eine große amerikanische Bankinstitution eine Kreditlinie gewährt hat, die ausschließlich zur Stärkung des Zinssfußes verwendet werden wird. Um diesen Kredit teilweise zu realisieren, hat die Bank von Polen in den letzten Tagen an dem Londoner Markt eine größere Menge Gold gekauft und in der Bank von England deposited. Dieses Gold bleibt, obwohl es die Sicherung des Kredites darstellt, im Besitz der Bank von Polen.

Nach einer Meldung aus Neapel beträgt das Darlehen 10 Millionen Dollar. — Wieder ein Beispiel, daß auch die amerikanische keine eindeutig englischfreundliche und den Franzosen nicht feindliche Politik treiben. Denn natürlich ist das Darlehen nicht ohne Einwilligung der amerikanischen Regierung gegeben.

Caillaux hat geschwindelt!

Diese Franzosen haben wirklich eine ganz andere Methode, Vertrauen in die Aufrichtigkeit ihrer Politik zu wecken. Als sie mit den Engländern über die Antwort auf das deutsche Sicherheitspaket in Verbindung standen, drängten sie eine Erklärung über den Inhalt der englisch-französischen Abmachungen heraus, die von den Engländern prompt bemerkt werden mußte. Jetzt machen sie es mit den englisch-französischen Schuldverhandlungen genau so. Die Londoner „Morning Gazette“ schreibt: In amtlichen Kreisen ist gestern der von Caillaux ausgegebene Erklärung, die sich von der Churchill abgegeben in zwei wichtigen Punkten unterscheidet, bestimmt widerprochen worden. Caillaux' Andeutung, daß ein festes Wort a fortiori bis zum 3. September 1930 gewährt werden solle, widerspricht, wie erklärt wird, nicht den Tatsachen. Die englische Regierung habe lebhaft ihre Bereitwilligkeit ausgedrückt, die während der letzten Jahre zu zahlenden Beträge zu ermäßigen unter der Bedingung, daß Kompensation für irgendwelche derartige Herabsetzungen durch eine eventuelle Vergrößerung der folgenden Jahresabgaben geboten werden.

Der französische Rabinetsbeschluss

soll laut seiner getriggen Sitzung genau sein, die englischen Vorkämpfer, soweit sie die Herabsetzung des englischen Schuldabens und das zu gewöhnliche Wortlaut angehen, günstig aufzunehmen. Die Regierung beschließt jedoch, die in London durch Caillaux gemachten Vorbehalte aufrechtzuerhalten. Diese Vorbehalte lauten darauf hinaus, daß Frankreich keinesfalls seinen Gläubigern höhere Summen ausbezahlen werde, als es selbst von Deutschland durch die Jahresabgaben nach dem Damagosa plan erhafte.

Der Rabinetsbeschluss und die obige englische Stellungnahme passen recht schlecht zusammen, die Einigung scheint also noch recht fern zu sein.

Der polnisch-tschechische Kampf gegen den deutschen Bodenbesitz.

Einem Volk, das des nationalen Bodens beraubt wird, wird die Grundlage seines Daseins entzogen, es wird entzaubert. Der Kampf um den Boden ist daher der wichtigste Faktor in dem heißen Nationalitätenkämpfen, das sich z. B. im Osten abspielt. In Polen wie in der tschechischen Bodenbesitz war das gleiche Verhängnis. Beide Völker planmäßig durch sogenannte Agrarreformgesetze die Deutschen von ihrem Grund und Boden zu bringen, den so erworbenen Boden zu nationalisieren und die Deutschen damit heimat- und nutzlos zu machen.

Das polnische Agrargesetz ist am 21. Juli 1925 nach heftigen Kämpfen vom polnischen Reichstag Sejm angenommen worden und wird in Kürze Gesetz werden. Der Kampfcharakter dieses Gesetzes ergab sich aus der Debatte, er ist auch sonst nach dem Inhalt ganz offensichtlich. Das Gesetz richtet sich zweifellos gegen die nationalen Minderheiten, selbst die tschechischen Minderheiten müßten diese Tendenz des Gesetzes erfahren. Denn ein von ihnen gestellter Antrag, daß bei der Bodenverteilung in den Dispositiven der ortsansässige Bevölkerung in erster Linie berücksichtigt werden solle, wurde von den national-polnischen Regierungsparteien glatt abgelehnt. Kurzum: wer will das Gesetz die deutsche Wälder in der tschechischen Bodenbesitz, der trotz der Maßnahmen immer noch 80 Prozent aller Güter in Händen hat, soll enteignet und zerstückelt und damit ein der stärksten Bollwerke des Deutschtums vernichtet werden.

Der Enteignung verfallen zuerst alle Güter deutscher Landbesitzer, die sich verpflanzt hatten, das Gut nicht an polnische Kultur übertragen. Dieser Befreiung wurden 4 des deutschen Besitzes und 1/2 aller Ländereien Bodens betroffen.

Bei dem besonderen Charakter der polnischen Politik ist namentlich der deutsche Grundbesitz in den westlichen Grenzgebieten Polens besonders gefährdet. Die Folgen werden sich auch in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung aus zeigen. Der deutsche Grundbesitz, nicht nur der große, hätte den Land zur Wüste gebracht und dem Boden zu einer unerschöpflichen Kultur verfallen. Ob diese Wüste nach der Zerstückelung aufrechterhalten werden kann, ist mehr als zweifelhaft. Die Gefahr einer Produktionsminderung liegt ohnehin schon nahe.

